

JEDER MENSCH BRAUCHT
FREIHEIT, UM SEINE
ANLAGEN UND FÄHIGKEITEN
ENTFALTEN UND
VERWIRKLICHEN ZU KÖNNEN.
DAS ER ERREICHT,
VERFÄLLEN KULTUR UND
WISSENSCHAFTEN, STAGNIERT
DIE WIRTSCHAFT.
GEISTIGES LEBEN BRAUCHT
FREIHEIT GENAUSO, WIE DER
KÖRPER DIE LUFT ZUM ATMEN.

Liberales Institut

MYTHOS

MANCHESTERTUM



Ein Versuch über Richard Cobden
und die Freihandelsbewegung

Detmar Doering

Position Liberal



MYTHOS MANCHESTERTUM

Ein Versuch über Richard Cobden
und die Freihandelsbewegung

anlässlich der 200. Wiederkehr des Geburtstages
von Richard Cobden am 3. Juni 1804

Detmar Doering

Juni 2004

Position Liberal

Positionspapiere des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung



Inhalt

Mythos Manchestertum	5
Das große Elend	6
Richard Cobden	7
Eine Volksbewegung	8
Mehr Wohlstand für alle!	9
Eine europaweite Bewegung	12
Mehr als nur Markt und Freihandel	16
Friedenspolitik	17
Niedergang: „Manchestertum“ als Schmähbegriff	18
Fazit	22
Ausgewählte Literatur	24





Mythos Manchestertum

Manchestertum! Auch nach 150 Jahren zuckt jeder, der mit diesem „Vorwurf“ konfrontiert wird, schuldbewusst zusammen. Der Begriff suggeriert nichts anderes als ein scheinbar pervertiertes Verständnis von liberaler Politik, das ohne soziale Skrupel den Reichen und Starken freie Bahn verschaffen will. Das populäre Geschichtsverständnis verbindet hierzulande mit „Manchestertum“ Szenen von Elend, Not und Ausbeutung, die man seit der Kindheit aus den Romanen von Charles Dickens kennt. Die akademische Welt hat sich – vor allem in Deutschland – diesem Geschichtsbild weitgehend angeschlossen. Repräsentativ dafür definiert ein historisches Standardnachschlagewerk, das „Ploetz Lexikon der Weltgeschichte“ (2000), den Begriff „Manchestertum“ wie folgt:

„Bezeichnung für die extreme Form des liberalistischen Kapitalismus v.a. der ersten Hälfte des 19. Jh., benannt nach der Stadt Manchester (dort um diese Zeit prosperierende Textilindustrie); propagiert die freie Wirtschaft ohne jegliche staatliche Steuerung bei gleichzeitiger völliger Vernachlässigung der sozialen Frage“.

Die „Manchesterliberalen“ des 19. Jahrhunderts wären – lebten Sie noch heute – mit Sicherheit verblüfft über ihren Nachruhm, der – wie in diesem Lexikontext – selten präzisiert, personalisiert, dafür fast immer pauschalisiert verbreitet wird. Auch den meisten Zeitgenossen wäre dieses Urteil der Nachwelt wohl seltsam vorgekommen, hatten doch die „Manchesterliberalen“ gerade den Ruf, zu den sozial engagierteren unter den Liberalen ihrer Zeit zu gehören. Selbst derjenige, der nicht mehr jede politische Forderung der „Manchesterliberalen“ von damals für aktuell oder angemessen hält, muss bei näherer Betrachtung der historischen Realität zugestehen: Es handelt sich um einen Mythos, einen Mythos, der ideologischen Zecken dient – und dieser Mythos lastet bis heute schwer auf Herz und Gewissen der Liberalen.

Durch nichts lässt sich besser der Nachweis führen, dass hier mit großem Erfolg ein politisch motiviertes Vorurteil in die Welt gesetzt wurde, als durch die Darstellung der Politik jener Liberalen des 19. Jahrhunderts, die man später mit dem Begriff „Manchestertum“ belegte. Dies gilt besonders für das politische Lebenswerk von Richard Cobden (1804–1865), dem Anführer der Gruppe, der eine Volksbewegung hervorrief, und dem man noch lange nach seinem Tode in vielen britischen Städten Denkmäler errichtete – gerade, weil er von den Menschen seiner Zeit als „champion of the poor“ verehrt wurde.



Das große Elend

Im Jahre 1836 durchzog eine enorme Teuerungswelle England. Arbeitslosigkeit breitete sich aus, der wiederum gewalttätige Ausschreitungen folgten. Der Verlangsamung der Wirtschaftsdynamik folgte 1841 die schlimmste Handelskrise seit über 100 Jahren – eine richtiggehende Depression. Pauperismus griff um sich. 1845 steigerte sich in Irland die Krise zu einer Hungersnot, die mehrere Jahre anhielt und allein im Winter 1847 250.000 Opfer forderte. Einige schlechte Ernten wurden als Ursache angeführt, doch der wahre Grund saß tiefer und war politischer Natur. Die Missernten konnten nicht durch preisgünstige Importe kompensiert werden. Im Gegenteil: das im Lande bereits knappe Getreide wurde sogar ausgeführt. Schuld daran waren die protektionistischen „Corn Laws“, die auf ausländisches Getreide hohe Zölle erhoben und obendrein noch den Export inländischen Getreides subventionierten. Die Gesetze hatten ihren Ursprung im 17. Jahrhundert, dem Zeitalter des Merkantilismus, das von dem Glauben beherrscht war, dass derartige Maßnahmen als Exportanreiz zum Anwachsen der Produktion führen würden. Schon Adam Smith warnte 1776 in seinem Buch „The Wealth of Nations“ davor, dass durch Exportsubventionen in Zeiten schlechter Ernte die Knappheit „noch erheblich verschärft“ würde. 1805 schrieb der Ökonom James Mill, der Vater des wesentlich berühmter gewordenen liberalen Philosophen John Stuart Mill, eine Abhandlung, die sich ausschließlich mit den verheerenden Folgen der Corn Laws beschäftigte. Allein der lange und umständliche Titel des Traktats – „An Essay on the Impolicy of a Bounty on the Exportation of Grain“ – zeigte, dass der Protest sich noch weitgehend auf akademische Zirkel beschränkte. Die politische Mobilisierung blieb jedenfalls so gering, dass die Tories im Parlament 1815 sogar Erhöhungen der Getreidezölle verabschieden konnten. Während eines Aufschwungzyklus meinten sich die Tories 1828 eine weitere Verschärfung leisten zu können. Ein Automatismus wurde beschlossen, der die Zölle erhöhte, sobald sich der heimische Preis des Getreides erhöhen sollte. Die Folgen wurden nach und nach sichtbar. Der sich anbahnende Abschwung wirkte sich unmittelbar und in schrecklichster Weise auf die soziale Lage im Lande aus.

Die dunklen Notjahre der 1830er und 1840er Jahre, die uns Dickens in seinen Romanen so eindrücklich schilderte, waren nicht das Produkt von Liberalismus und Industrieller Revolution, wie im populären Geschichtsbild gerne unterstellt wird. Sie waren Folge einer veralteten feudalen Politik, die mit den Herausforderungen der sich abzeichnenden modernen Massengesellschaft nicht mehr fertig wurde. Das „Manchestertum“ war nicht die Ursache, sondern die Reaktion auf die Krise.

Aber Not macht bekanntlich erfinderisch. Noch 1841 beklagte sich der Whig-Politiker Lord Sydenham: „Die Freihändler waren seit Mr. Pitts (Anm. William Pitt d. J., Premierminister von 1783 bis 1806) frühen Tagen keine großen Redner. Wir zerschlugen einige Argumente mit Fakten und Zahlen, doch wir konnten dem Gegenstand keine Größe vermitteln und beim Volk keine Emotionen wachrufen.“

Schon wenige Jahre später stand die Freihandelsbewegung vor ihrem größten Triumph. Dies verdankte sie wahrscheinlich einem Mann, der zwar – wie Zeitgenossen übereinstimmend berichten – kein großer Redner war, aber vielleicht gerade deshalb durch seinen Idealismus, seine Glaubwürdigkeit und durch seinen unermüdlichen Einsatz die Menschen seiner Zeit überzeugte: Richard Cobden.

Richard Cobden

Wenn er von Armut redete, dann wusste er, was er tat. Der am 3. Juni 1804 in Dunford (Sussex) geborene Richard Cobden, war das vierte von 11 Kindern eines Farmers, dessen Existenzgrundlage – so betonte Cobden später – durch die „Corn Laws“ ruiniert worden war. Unfähig, seine Kinder noch weiter zu ernähren, brachte der Vater seine Kinder bei Verwandten unter. Der Onkel, bei dem er in Yorkshire untergebracht wurde, und in dessen Betrieb er hart arbeiten musste, sorgte immerhin für eine Schulbildung, die allerdings auch nach damaligen Maßstäben eher rudimentär war. Seine politischen Gegner – meist konservative, adlige Landbesitzer – sollten sich später im Parlament immer wieder über falsch zitierte lateinische Sentenzen in Cobdens Reden lustig machen. In der „Elite“ des Landes blieb Cobden zeitlebens Außenseiter. Mit 15 fand er als Angestellter in einem Londoner Warenhaus Lohn und Brot und erarbeitete sich langsam bessere Positionen. Ein Kredit auf „Gutglauben“ ermöglichte ihm schließlich 1831 die Gründung einer kleinen Firma in Lancashire, die sich der Baumwollverarbeitung widmete.

Die dadurch gewonnene wirtschaftliche Unabhängigkeit nutzte Cobden schon bald zu einem von seinen Armutserfahrungen geprägten politischen Engagement. Später, im Jahre 1841, sollte er dies so zusammenfassen: „Wenn ich in die Fabrikbezirke gehe, dann weiß ich, dass ich in eine triste Umgebung zurückkehre. Ich weiß, dass der Hunger durch das Land schreitet und dass Menschen aus Mangel an den einfachsten Lebensnotwendigkeiten zugrunde gehen. Wenn ich das sehe und mir ins Gedächtnis rufe, dass es ein Gesetz gibt, das insbesondere dafür sorgt, die Bevölkerung in absoluter Not zu halten, dann kann ich nicht umhin, der Gesetzgebung dieses Landes Mord zu unterstellen. Und wo immer ich stehe, ob hier oder draußen, ich werde dieses System des gesetzgeberischen Mordes anprangern.“ Einem Richard Cobden, der die Armut selbst kannte, eine „völlige Vernachlässi-



gung der sozialen Frage“ zu unterstellen, geht vollkommen an der Realität vorbei. Das Gegenteil ist der Fall: Die sozialen Probleme der Zeit waren sein Hauptanliegen.

Sein politischer Horizont erweiterte sich durch eine ausgedehnte Reise, die er 1833 begann, und die ihn nach Frankreich, dem Mittelmeer und Amerika führte. Vor allem das demokratische Amerika beeindruckte ihn tief. Sein 1835 veröffentlichtes Buch „England, Ireland and America“ (1835) wies schon jene kritische Haltung gegenüber den undemokratischen Zuständen auf, die das politische System Großbritanniens aufwies, und von denen sich die junge Republik jenseits des Atlantiks so positiv abhob.

Das politische Engagement, in das sich Cobden in den späten 1830ern geradezu hineinstürzte, war aufreibend und wurde von ihm uneigennützig bis zur Selbstschädigung betrieben. Als die „Corn Laws“ im Parlament fielen, da hatte er seine Stimme durch die unermüdlichen Redeauftritte im ganzen Land fast vollständig und dauerhaft ruiniert. Kurz darauf rächte sich auch, dass er wegen seines politischen Engagements seine Fabrik vernachlässigte. Er versank in Schulden. Eine Sammlung unter Freunden und Unterstützern ermöglichte ihm schließlich den Erwerb seines Geburtshauses in Dunford, wo er mit seiner Frau und seinen fünf Töchtern recht bescheiden bis zu seinem Tode im Jahre 1865 lebte.

Eine Volksbewegung

1839 nutzte Cobden, der im Jahr zuvor in Manchester eine lokale Freihandelsvereinigung gegründet hatte, die allgemeine Unzufriedenheit, um die bisher verstreuten und lokal organisierten Freihandelsvereine zu einem nationalen Verband, der „Anti-Corn Law League“, zu vereinen. Unterstützt wurde er dabei vor allem von John Bright (1811-1889), einem gläubigen Quäker. Bright, der über eine enorme Begabung als Redner verfügte, und sein wichtigster Mitstreiter war. Später wurde er Mitglied etlicher liberaler Kabinette, was ihm ermöglichte, Cobdens Anliegen wirksam zu unterstützen.

Das politische Gewicht der „Anti-Corn Law League“ wurde noch durch die Wahl Cobdens ins Unterhaus 1841 gestärkt. Bright folgte ihm 1843. Die Bewegung war nun nicht mehr ohne Redner und ohne Appell an die Massen. Mit unermüdlichem Eifer und hohem finanziellen Aufwand - er konnte alleine 1844 die damals ungeheure Summe von 100.000 Pfund an Spenden aufbringen, obwohl gerade viele Industrielle auf Seiten der Protektionisten standen - gelang es Cobden mit Unterstützung von Bright einen Kampagnen-Apparat von bisher unbekanntem Ausmaß und großem Erfindungsreichtum aufzubauen. Es ist nicht falsch, in diesem Zu-



sammenhang von einer genuine Volksbewegung zu sprechen. Über 9 Millionen Broschüren zur Volksaufklärung wurden im Verlauf der Kampagne verteilt. Eines der zahllosen Agitations-Journale für die „League“ hat sogar bis heute überlebt, nämlich der renommierte, 1843 von James Wilson begründete „Economist“. Unzählige Veranstaltungen fanden im ganzen Inselreich statt, darunter eine wöchentliche Massenversammlung im Londoner Covent Garden. In Manchester wurde eine riesige Freihandelshalle errichtet. Geschulte Redner wurden durch das Land geschickt, selbst Hymnen komponiert, die bei Veranstaltungen gesungen wurden. Das Parlament wurde mit Petitionen aus allen Volksschichten förmlich bombardiert - 1842 waren es 2880 Petitionen mit insgesamt mehr als 1,5 Millionen Unterschriften. Darüber hinaus versuchte man, mehr Wähler zur Registrierung in die Wahllisten zu bringen, um in umkämpften Wahlkreisen freihändlerische Kandidaten durchzusetzen.

Nicht nur die liberalen Whigs und Radikalen, die dem Prinzip des Freihandels generell offen gegenüber standen, wurden von der Wucht der Bewegung beeindruckt. Selbst bei den regierenden Tories bewirkte der Druck der öffentlichen Meinung ein Umdenken. Der durchaus Reformen aufgeschlossene konservative Premier Sir Robert Peel, der 1841 gewählt wurde, begann mit einer vorsichtigen Politik der Zollsenkungen, etwa der Abschaffung des Zolls auf rohe Baumwolle im Jahre 1845, bei der allerdings kaum „eigene“ britische Produzenteninteressen vorlagen. Die „Corn Laws“, die den eigentlichen Kern des Problems betrafen, wurden dadurch eher noch in ihrer symbolischen Bedeutung erhöht. Schließlich, am 16. Mai des Jahres 1846 war es soweit: Von einem Teil seiner Partei im Stich gelassen, aber unterstützt von liberalen Kräften, setzte Peel die Abschaffung der „Corn Laws“ in einer Parlamentsabstimmung durch.

Mehr Wohlstand für alle!

Eine Arbeiterversammlung im englischen Rochdale. Der Sprecher resümiert über eine geradezu beachtliche Erfolgsbilanz: „Blicken wir zurück in eine Zeit, an die ich mich noch gut erinnere und an die sich sicher viele in dieser Versammlung erinnern werden. Blicken wir zurück in das Jahr 1840. In dieser Zeit herrschte große Not im Lande. Die Zölle auf Waren, die in dieses Land kamen, waren unzählige. Ich glaube, es waren mindestens 1200 Artikel, die durch das Gesetz Englands mit Steuern belegt wurden, wenn Waren in Liverpool, London, Hull, Glasgow oder jedem anderen Hafen des Königreiches einliefen. Alles wurde besteuert und alles war begrenzt und beschränkt. Selbst das Brot, das Essen der einfachen Menschen, wurde besteuert - und zwar mehr als alles andere. Nun, sie können sich vorstellen - nein, sie können es sich vielleicht nicht mehr vorstellen - aber sie können







versuchen, es sich vorzustellen, in welchen Fesseln all unser Arbeitsfleiß zu dieser Zeit gekettet lag. Sie können versuchen, sich vorzustellen, aber in diesen Tagen können sie es sich nicht mehr vorstellen, welche ein Ausmaß an Armut, Leid und tiefem Elend in der großen Masse der arbeitenden Klassen im Vereinigten Königreich herrschte." Und auf die gegenwärtige Situation bezogen meint er: „Der Arbeiter Englands ist nicht mehr eine bloße Maschine, der auf eine Spindel oder einen Webstuhl aufpasst, oder der an der Werkbank, am Hochofen oder im Bergwerk arbeitet. Er ist nicht mehr nur ein Mensch, der Waren für den Export herstellt, sondern er ist ein Mensch, dem – durch alle diese Veränderungen – neues Leben eingeflößt und eine neue und förderliche Verantwortung gegeben wurde.“

Der Sprecher war Cobdens Mitstreiter John Bright. Es war das Jahr 1877. Der lokale „Rochdale Working Men's Club“ – ein Arbeiterverein, der stolz darauf war, ohne finanzielle Unterstützung durch Staat oder reiche Patrone existieren zu können – hatte ihn eingeladen, um ihn als Ehrengast zum Gründungsjubiläum des Klubs hören zu können. Dass es ausgerechnet eine Arbeitervereinigung war, die ihn so feierte, mag manchem heutigen Leser ebenso merkwürdig vorkommen wie die von Bright gezogene Bilanz über sein Schaffen. Gilt nicht gerade das „Manchestertum“ in der ihr folgenden Geschichtsschreibung als der Ausbund an Arbeiterfeindlichkeit? Es gereicht der Zunft der Historiker nicht zur Ehre, dass sie diesen Begriff in völligem Missverständnis ihrer eigentlichen Aufgabe unkritisch in seinem negativen propagandistischen Sinne weiterverbreitete. Selbst ein renommierter Autor wie Friedrich C. Sell meinte 1953, dass mit der von den Wirtschaftsliberalen des 19. Jahrhunderts durchgesetzten Befreiung der Wirtschaft von staatlicher Reglementierung „für das Wohlergehen der Masse... nichts geleistet“ worden wäre. Die Arbeiter von Rochdale hätten sich gewundert. Obwohl mehrheitlich sicherlich von der Mittelschicht dominiert, gelang es der „Anti-Corn Law League“ dennoch, größere Teile der Arbeiterschaft als Unterstützung zu gewinnen – mehr jedenfalls als alle späteren liberalen Bewegungen und Parteien in Europa.

Gerade in Hinsicht auf den Wohlstand der Arbeiterschaft zeigt sich, dass der Begriff „Manchestertum“ seine Existenz einer kleinlichen Parteipropaganda verdankt. Auch wenn heutige (meist jeglicher Geschichtskennntnis unkundige) Kritiker sich meist ausgesprochen „progressiv“ vorkommen, wenn sie das „Manchestertum“ diffamieren, so kommt der Begriff doch ursprünglich aus dem Munde eines konservativen Parteiführers und Verteidigers des Privilegienstaates, nämlich Benjamin Disraeli, dem englischen Romancier und Premierminister. Ihr Bild vom „Manchestertum“ entspricht genau jenem, das Bismarck (auch ein Konservativer) einst auch in die Welt setzen wollte, als er völlig tatsachenwidrig von der „Clique der Manchesterpolitiker, die Vertreter des mitleidlosen Geldsacks“ sprach.



Doch die historischen Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Die als „Manchester-Liberalismus“ geschmähte Bewegung war nicht, wie heute gelegentlich behauptet wird, von der Verengtheit „bürgerlich-kapitalistischer“ Interessen geprägt – sie war eine Massenbewegung mit tiefen Wurzeln in den ärmsten Bevölkerungsschichten in den Industriestädten. Dies überrascht nicht. Denn das Ziel der „Manchesterliberalen“ war schließlich die Beseitigung von unglaublicher Massenarmut. Oder, wie Cobden 1844 meinte: „Nun, der erste und schwerwiegendste Anklagepunkt in meinem Urteil gegen den Getreidezoll ist, dass er eine Ungerechtigkeit gegen die Arbeiter in diesem und jedem anderen Land darstellt.“

Man darf, will man die große und einzigartige zivilisatorische Leistung Cobdens und Brights verstehen, nicht vergessen, dass nackte Not und der Massentod durch Verhungern die normale Lage des größten Teils der Menschheit während der gesamten Zeit ihrer Existenz war. Noch wenige Generationen zuvor glaubten selbst die erleuchteten Geister im an sich schon recht prosperierenden England nicht, dass dieses Problem wirklich zu lösen sei. Edmund Burke, der große Schriftsteller und Parlamentarier der Whig-Partei, stellte 1795 fest: „Die Armen sind nur arm, weil sie zahlreich sind. Die Anzahl impliziert ihrer Natur gemäss Armut.“ Und: „Es steht nicht in der Macht der Regierung, uns mit dem Notwendigen zu versorgen.“ Und Thomas Malthus, einer der großen Ökonomen der Zeit, meinte in seiner 1798 erschienenen Schrift „Essay on the Principle of Population“, dass allein das Bevölkerungswachstum große Verelendung mit sich bringe, das nur durch drastische politische Maßnahmen zur Geburtenkontrolle ein wenig gelindert werden könne. Die Manchesterliberalen um Cobden strafte diese pessimistischen Vorhersagen Lügen.

Die Zeit von 1846 bis 1870 – die große Zeit des britischen Freihandels – war eine Zeit allgemeiner Wohlstandszunahme. Der von den Gegnern Cobdens erwartete Zusammenbruch der britischen Landwirtschaft erfolgte nicht. Sie prosperierte weiterhin. Zwar trat der direkte Effekt einer Senkung des Brotpreises auch nicht im erwarteten Ausmaß ein – er sank nur minimal –, aber der indirekte Effekt zur Wohlstandssteigerung war enorm. Die Abschaffung der „Corn Laws“ war ein politisches Signal, dass die „Schleusen“ für eine konsequente Freihandelspolitik öffnete. Von nun an ging es Schlag auf Schlag. Peel wurde schon bald wegen seines ‚Verrates‘ an den feudalistisch-protektionistischen Prinzipien der Tory-Partei von seinen eigenen Parteifreunden, die sich nun um Benjamin Disraeli zu scharen begannen, gestürzt. Teile seiner Anhängerschaft wechselten zu den Whigs über und formierten mit ihnen zusammen bald die Liberale Partei. Unter ihnen war auch Peels Schatzkanzler, William Gladstone, der als Liberaler später vier mal zum Premierminister gewählt wurde, und die Ziele Cobdens zeitlebens stützte.



Die liberale Whig-Regierung unter Lord Russell, die Peels Konservative ablöste, schaffte 1849 die „Navigationsakte“ von 1651 ab und stellte damit die Freiheit des Schiffsverkehrs für England her. Andere Maßnahmen, etwa die Abschaffung der Zucker- und der Maschinenzölle, folgten. In den 1860er und 70er Jahren war der handelspolitische Teil der manchesterliberalen Agenda in Großbritannien fast vollständig verwirklicht.

Diese Politik bescherte England eine massive Steigerung des gesamten Handelsvolumens. Dies und das enorme Bevölkerungswachstum bewirkten eine spürbare Nachfragesteigerung, die eigentlich zur Erhöhung des Getreide- und Brotpreises hätte führen müssen. Insofern war die anscheinend bloß so geringfügige Senkung des Preises, die durch den Fall der „Corn Laws“ bewirkt wurde, tatsächlich eine soziale Wohltat. Im übrigen sei festzuhalten, dass langfristig sich die Öffnung der britischen Landwirtschaft positiv auswirkte, hatte sie doch einen durch die Anwendung wissenschaftlicher Methoden ausgelösten Modernisierungsschub zur Folge. Ab den 1860er Jahren war die britische Landwirtschaft die produktivste in Europa.

Indes, es waren die Arbeiter in den Industriezentren, die besonders von der neuen Politik profitierten. Fest steht: Selbst pessimistische Schätzungen gehen davon aus, dass die reale Einkommenssteigerung zwischen 1850 und 1870 bei den Arbeitern über 10% betrug. Die „Royal Statistical Society“, die 1909 die Reallohnentwicklung des 19. Jahrhunderts in England erfasste, stellt für diesen Zeitraum eine Zunahme von 18% fest. Damit wurde eine sich verstetigende Entwicklung eingeleitet. 1880 lag der durchschnittliche Reallohn bereits 32% über dem von 1850; 1900 bereits 84%! Zudem scheinen sich die Steigerungen hauptsächlich in denjenigen Branchen abgespielt zu haben, die vorher besonders schlecht bezahlte Arbeit zu vergeben hatten. Das dies wirklich bedeutete, dass sich die Arbeiterschaft über das ihnen zuvor als geradezu naturgesetzlich hinzunehmende Existenzminimum erhoben hatte, zeigt auch ein anderer Indikator: Die Arbeiter wurden nämlich auf einmal in die Lage versetzt, Rücklagen und Ersparnisse zu erwirtschaften. Das von der Post betriebene Bankensystem für Kleinsparer alleine vermerkte schon 1862 insgesamt 180.000 Sparkonten mit Einlagen im Wert von ca. £ 1.750.000, die sich aber im Jahre 1874 bereits auf 1.373.000 Einlagen im Wert von £ 18.000.000 gesteigert hatten. Alles dies war Ausdruck einer allgemeinen Wohlstandszunahme in Großbritannien.

Eine europaweite Bewegung

Schon im Januar 1846 - kurz vor dem Fall der „Corn Laws“ - hatte Cobden gesagt: „Wenn man die Getreidezölle ernsthaft abschafft, und den Freihandel in seiner

einfachsten Form einführt, dann wird es in Europa nicht einen Zoll geben, der nicht innerhalb von fünf Jahren sich geändert hat.“ Es besteht kein Zweifel, dass Cobden seinen Kampf für den Freihandel nie als eine ausschließlich innenpolitische Frage hielt.

Es war daher konsequent, dass sich im Jahre 1860 die Freihändler schließlich auf das diplomatische Parkett wagten. Der Abschluss des Freihandelsabkommens mit Frankreich, von Cobden mit Unterstützung von Schatzkanzler Gladstone betrieben, und das daher zurecht als der „Cobden-Vertrag“ in die Geschichte einging, stellte mit der Abschaffung von 371 verschiedenen Zöllen alleine auf englischer Seite eine neuen Dimension in der Entwicklung des „Manchester-Liberalismus“ dar. Bemerkenswert ist, dass hier nicht das bis heute gern betriebene, aber oft recht heuchlerische Schema höher industrialisierter Staaten sichtbar wurde, bei Rohstoffen aus armen Ländern freihändlerische Politik zu fordern, bei verarbeitenden Industrien aber dem Protektionismus zu frönen. Dies war ein Verdacht, den Böswillige vielleicht noch beim Fall der „Corn Laws“ hätten geltend machen können. In einigen Wirtschaftszweigen, etwa in der Seidenverarbeitung, wurde England tatsächlich durch die Zollabschaffungen von den französischen Produzenten überflügelt. Die Freihandelspolitik Cobdens war jedenfalls in sich stimmig und prinzipientreu.

Vor allem sollte sie andere Staaten zum Nacheifern anspornen. England, so meinte Cobden, sei als Nation dazu bestimmt, eine Vorreiterrolle in Sachen Freiheit und Freihandel für ganz Europa zu spielen. Schon deshalb befürwortete er einerseits für England eine unilaterale Politik der Zollsenkung, sorgte aber zusammen mit Gladstone für einen im Kern multilateralen Mechanismus innerhalb des Vertrages mit Frankreich, nämlich die Aufnahme von „Meistbegünstigungsklauseln“. Dahinter steckte die Idee, nationalstaatliche Willkür (die bei einem unilateralen Ansatz durchaus noch Nahrung finden kann) in der Außenwirtschaftspolitik einzudämmen. Zollsenkungen sollten demnach nicht nur bilateral zwischen Einzelstaaten stattfinden, sondern „weitergegeben“ werden. Jeder Vertragspartner sei also verpflichtet, den anderen Ländern alle die gleichen Zollvergünstigungen zu gewähren, die es dem durch den Vertrag „meistbegünstigten“ Land einräumt. Bis heute ist dieses Prinzip der „Meistbegünstigungsklauseln“ die tragende Säule moderner multilateraler Handelspolitik (GATT, WTO etc.).

Der „Cobden Treaty“ war deshalb zugleich auch so etwas wie ein Signal zur Ausbreitung der Freihandelsbewegung. Zwar erreichte die Stärke der europäischen „Manchesterliberalen“ nie die Stärke und Verankerung der englischen (vor allem auch in der Arbeiterschaft), aber sie übte dennoch einen enormen Einfluss auf die Handelspolitik auf dem Kontinent aus - etwa im Deutschen Zollverein. Der heuti-





ge (an das oberflächliche und negative Bild vom „Manchestertum“ gewöhnte) Betrachter wird das Ausmaß an Inspiration, welche der Idealismus Cobdens und Brights in ganz Europa vermittelte, kaum verstehen. Die Zeitgenossen hingegen wussten um die Größe des Anliegens dieser Bewegung.

In Deutschland wurde der gebürtige Engländer John Prince-Smith der geistige Anführer der von ‚Manchester‘ inspirierten Freihandelsbewegung. Als Abgeordneter des Preußischen Landtags und, nach der Reichsgründung 1871, des Deutschen Reichstages verschaffte er der Freihandelsbewegung politisches Gewicht. Wie Cobden und Bright es mit ihrer „League“ in England getan hatten, versuchte auch er (allerdings in wesentlich kleinerem Maßstab) ‚außerparlamentarische‘ Kräfte zu mobilisieren. Dazu gründete er 1858 den „Kongress Deutscher Volkswirte“, der es über Jahrzehnte verstand, die wirtschaftspolitische Agenda des Liberalismus in Deutschland zu bestimmen. Prince-Smith war auch publizistisch tätig, wobei er nicht nur die Schriften Bastiats und anderer europäischer „Manchester-Liberaler“ in deutscher Sprache herausgab, sondern auch selbst Bücher verfasste. Besonders in seinem Werk „Über Handelsfeindseligkeiten“ von 1843 nahm er sich des pazifistischen Grundthemas der Bewegung Cobdens und Brights an.

In Frankreich zeigte sich der junge Ökonom Frédéric Bastiat so begeistert vom Wirken der „Anti-Corn Law League“, dass er kurz nach der Abschaffung der Getreidezölle ein Buch mit dem Titel „Cobden et la Ligue“ herausgab, in dem er minutiös den Verlauf der Kampagne gegen die Getreidezölle in England als Muster zur Nachahmung schilderte und die wichtigsten Reden Cobdens, mit dem ihn bald eine enge persönliche Freundschaft verband, dazu übersetzte. Bastiat wurde bald zum politischen und publizistischen Anführer der Freihandelsbewegung in Frankreich. Während der Revolution von 1848 wurde er sogar Abgeordneter der Verfassungsgebenden Versammlung in Paris, doch erstreckte sich sein Wirken eher auf die außerparlamentarische Sphäre. Immerhin war es Jahre nach seinem frühzeitigen Tod im Jahre 1850 einer seiner politischen Zöglinge, Michel Chevalier, der die Verhandlungen mit Cobden zum englisch-französischen Freihandelsabkommen führte.

Zweifellos lag Bastiats Hauptverdienst in seiner unermüdlichen schriftstellerischen Tätigkeit. Er hat dem „Manchester-Liberalismus“ sein literarisches Denkmal gesetzt. Mal satirisch-ironisch, mal fast schwärmerisch-religiös, aber immer von einer an Voltaire erinnernden stilistischen Klarheit und Rationalität – so verteidigte Bastiat in seinen Schriften wieder und wieder den Freihandel in seinen sozialen, ökonomischen, philosophischen und moralischen Aspekten. Von einem „Lese-genuss“ spricht später der österreichische Ökonom Ludwig von Mises. Die unbestreitbare literarische Qualität seiner Schriften, von denen die „Harmonies écono-

miques“ (1850) am berühmtesten sind, hat ihm aber zugleich den Ruf eingetragen, wissenschaftlich betrachtet, „oberflächlich“ zu sein. Neuere Wirtschaftshistoriker sind diesem Vorwurf zurecht entschieden entgegengetreten. Insbesondere hat ihm die Zunft der Ökonomen die theoretische Widerlegung der bisher unangefochtenen These der englischen Ökonomen Malthus und Ricardo zu verdanken, dass das Los der Unterschicht nicht substantiell zu verbessern sei. Er hat damit im Nachhinein die wissenschaftliche Erklärung für den rasanten Anstieg des Lebensstandards der Bevölkerung Englands nach dem Erfolg der „Manchester-Bewegung“ geliefert.

Vor allem trugen Bastiat und sein Nachfolger Chevalier dazu bei, dass Frankreich in den 1860er Jahren neben England die treibende Kraft in der europäischen Freihandelspolitik wurde. Ein anderer Schüler Bastiats, der franko-belgische Ökonom Gustave de Molinari, entwickelte einige Jahre darauf sogar schon den zukunftsweisenden Vorschlag einer europäischen Zollunion – ein Vorschlag, der allerdings bei den Zeitgenossen weitgehend unbeachtet blieb.

Die neue europäische Freihandelspolitik wirkte sich wirtschaftlich und politisch positiv aus. Im Jahre 1865 konnte der Vorsitzende des „Kongresses Deutscher Volkswirte“, der Ökonom Karl Braun, die Weltlage in euphorischen und optimistischen Tönen schildern: „Wir streben und müssen streben, jenen Zustand einer allgemeinen wirtschaftlichen Harmonie in den einzelnen Staaten herbeizuführen, in welchem jeder Einzelne, während er sich nur selbst zu dienen glaubt, dem Allgemeinen nützlich ist. Dieser Zustand wird mehr als Arbeits- und Zuchthäuser, als Kasernen und Klöster, als Galgen und Rad dazu beitragen, ein neues volkswirtschaftliches Evangelium – das der internationalen Arbeitsteilung – zu verkünden, das hinreichen wird, uns vor dem Rückfall in die Barbarei zu schützen.“ Und, so Braun über die gerade zwischen dem deutschen Zollverein und Frankreich und Italien abgeschlossenen Handelsverträge: „...auch das bisher so genannte westeuropäische System wird sich bald zu einem europäischen umgestalten, zu einem allgemeinen handelspolitischen Völkerrechte führen. Russland hat seine Leibeigenen emanzipiert, und daran muss sich mit der Zeit auch die Hebung seiner geistigen Kultur reihen; Frankreich hat mit seinem Prohibitivsystem gebrochen; ... der amerikanische Norden hat den Süden gezwungen, die Sklaverei aufzuheben, und der Süden wird jetzt den Norden zwingen, den so lange festgehaltenen wirtschaftlichen Irrtum des Prohibitivsystems abzuschwören – wenn so überall der Fortschritt in rüstigster, erfreulichster Weise sich regt, so kann das uns nur doppelten Mut geben, dass wir ... das begonnene Werk zu einem gedeihlichen Ende führen werden.“

Vor diesem Hintergrund wird erst die wahre Leistung des „Manchestertums“ sichtbar, nämlich nichts geringeres als die Beseitigung des Hungers in Europa! Erstmals ist





auf einem Kontinent dieses Wunder geglückt – eine Leistung von weltgeschichtlicher Dimension. Seit 1847 gab es auf dem Kontinent keine Hungersnot in Friedenszeiten mehr. Allein deswegen hätten die „Manchesterliberalen“ einen besseren Nachruhm verdient als der, der ihnen wirklich zuteil wurde.

Mehr als nur Markt und Freihandel

Schon zur Zeit der Gründung der „Anti-Corn Law League“ meinte Frédéric Bastiat in einem Brief an Cobden, dass der Name der Vereinigung eine nur unvollständige und enge Vorstellung von ihren Zielen und ihrer Vision wiedergäbe. Cobden, Bright und die Freihandelsbewegung meldeten sich bei allen wichtigen politischen Fragen zu Wort. Man kann annehmen, dass der Erfolg der „Manchesterliberalen“ letztlich auch darauf basierte, dass ihre Agenda nicht verengt war, und dass sie ein stimmiges Programm um das Prinzip des Freihandels herum zu formulieren im Stande waren.

Vieles dieser Agenda bezog sich direkt auf das Anliegen, die Not der Armen zu beheben. Dazu gehörte etwa das Engagement im Genossenschaftswesen. Diese sah man als ein ohne Staatszwang auskommendes Mittel an, die Kaufkraft und die Unabhängigkeit der Arbeiter zu erhöhen. Cobden sympathisierte hier durchaus mit den frühsozialistischen Ideen Robert Owens, der als erster in England Genossenschaften gegründet hatte.

Auch andere Fragen standen auf der Agenda. Cobden zögerte zunächst bei dem Thema „Kinderarbeit“ in den Fabriken, weil eine vorschnelle Abschaffung während der Depression der „hungry forties“ Familien ins Elend gestürzt hätte. Mit dem Fall der „Corn Laws“ wurde er jedoch entschlossener und forderte gesetzliche Beschränkungen: „... ich hoffe, den Tag zu sehen, an dem solch eine Einstellung allgemein wird: Kein Kind sollte gezwungen sein, in einer Baumwollfabrik zu arbeiten – schon gar nicht im jungen Alter von 13 Jahren; und auch danach sollten Arbeitsstunden maßvoll und die Arbeit leicht sein.“

Allgemeine Volksbildung war ein anderes Herzensanliegen Cobdens und seiner Mitstreiter. „Ich kann mich des Landes, in dem ich lebe, nicht rühmen, so lange die Masse der Menschen ohne Erziehung und unwissend ist“, meinte er 1851 in einer Rede vor der „National Public School Association“ in Manchester. Dabei war er durchaus bereit, begrenzte staatliche Intervention in Kauf zu nehmen. Die englischen „Manchesterliberalen“ waren keineswegs blind dogmatisch gegen jeglichen Staatseingriff eingestellt, wie gerne unterstellt wird. Aus sozialen Erwägungen, um Arbeiterkindern den Zugang zu Schulbildung zu ermöglichen, und auch, weil im bestehenden privaten System die Kirchen zu sehr dominierten, befürwortete

Cobden die Schulpflicht und öffentlich finanzierte Volksschulen, die aber unter lokaler Verwaltung und elterlicher Kontrolle stehen sollten. Dies sollte Zentralisierung und Gleichmacherei wirksam verhindern. Nur durch allgemeine Bildung, so meinte Cobden, könnten die bereits bewirkten sozialen und wirtschaftlichen Fortschritte in England erhalten und ausgebaut werden.

Friedenspolitik

Der Vertrag mit Frankreich deutete aber auch auf einen anderen Aspekt des ‚Manchestertums‘ hin, der gerne über dem Kampf gegen die „Corn Laws“ und für den Freihandel vergessen wird. Die „Manchesterliberalen“ waren Pazifisten und jedem Imperialismus gegenüber kritisch eingestellt. Allein die Tatsache, dass der ‚Manchester-Liberalismus‘ von Teilen der Arbeiterschaft mitgetragen wurde und eine Epoche beispielloser Prosperität für alle Bevölkerungsschichten (nebst dem Ende der letzten Hungersnöte in Westeuropa!) einleitete, hätte ihm einen besseren Nachruhm bescheren müssen als der, den man ihm heute generell zubilligt. Der Pazifismus der Bewegung hätte sie endgültig von jedem moralischen Makel befreien müssen.

Cobden, Bright und ihre Mitstreiter sahen ihr Engagement für den Freihandel in einen weiteren Kontext eingebettet. In einem Brief im April 1842 schrieb Cobden: „... die Kolonialpolitik Europas war die Hauptursache von Kriegen in den letzten einhundertundfünfzig Jahren. Wiederum, der Freihandel wird unweigerlich, indem er die wechselseitige Abhängigkeit der Länder untereinander sichert, den Regierungen die Macht entreißen, ihre Völker in den Krieg zu stürzen.“

So setzten sich die englischen „Manchesterliberalen“ für eine bessere Verwaltung in Indien ein, um der missbräuchlich genutzten Macht der staatlich privilegierten Handelsmonopole entgegenzutreten, und den Freihandel mit den Kolonien einzuführen – was, so Cobden, langfristig zum Ende des Kolonialismus führen müsse. Sie widersetzten sich dem britischen Engagement im Krimkrieg in vehementer Weise, obwohl selbst die Mehrheit der Liberalen und die Mehrheit des Volkes sich in Kriegsbegeisterung erging. Sowohl Cobden als auch Bright verloren 1857 wegen ihrer Opposition zum Krieg ihren Sitz im Parlament, den sie allerdings beide schon jeweils 1859 wieder zurückerobert konnten.

1861 wandten sie sich gegen die mehrheitliche Unterstützung des Südens im Amerikanischen Bürgerkrieg durch die politische Klasse Englands. Gerade letzteres war bemerkenswert, da sich hier zeigt, dass die „Manchesterliberalen“ keineswegs das Freihandelsprinzip oder gar wirtschaftliche Interessen verabsolutierend in den Vordergrund stellten. Ihre radikale Ablehnung der Sklaverei machte sie so-





gar blind gegenüber der Tatsache, dass es der Süden war, der für den Freihandel und gegen zentralistische Staatsstrukturen kämpfte. Die Ironie dabei war, dass die Könföderierten Staaten des Südens - einzigartig in der Geschichte! - den Freihandel sogar 1861 in ihrer Verfassung festschrieben, während im Norden Abraham Lincoln seine Wahl zum Präsidenten unter anderem mit dem Slogan „Protect our Industries!“ gewann. Auch direkte „egoistische“ wirtschaftliche Erwägungen spielten hier keine Rolle, lagen doch billige Baumwollimporte aus den Südstaaten im Interesse Englands (und vor allem auch in Cobdens persönlichem Interesse als Besitzer einer baumwollverarbeitenden Fabrik!). Mit der Sklaverei konnte es dennoch keine Kompromisse geben. Cobdens Engagement in dieser Frage, das vom radikalen Flügel der Liberalen (z.B. John Stuart Mill) unterstützt wurde, trug dazu bei, dass Großbritannien in dem Konflikt strikt neutral und non-interventionistisch blieb.

Im Mittelpunkt der Friedenspolitik stand neben der wirtschaftlichen Integration durch Freihandel das Prinzip einer auf Non-Interventionismus basierenden Außenpolitik und eine Politik der Abrüstung. Die Erlöse der Abrüstung sollten wiederum dem Bildungssystem zugute kommen - ebenso wie ein Mehr an Bildung den Frieden sichern sollte.

Niedergang: „Manchestertum“ als Schmähbegriff

Fragt man nach den Gründen, warum von allen Strömungen des Liberalismus nun ausgerechnet der „Manchester-Liberalismus“ so sehr (und so sehr zu Unrecht!) in Verruf gekommen ist, so mutet die Antwort grotesk an. Er ist nämlich seinen eigenen Waffen zum Opfer gefallen. Die Bewegung gegen die „Corn Laws“ fiel in eine Zeit, da es den Liberalen gelungen war, mit der Erweiterung der demokratischen Rechte auf größere Bevölkerungsschichten zu beginnen. Insbesondere die (in dieser Hinsicht noch recht zaghafte) englische ‚Reform Bill‘ von 1832 sei hier zu erwähnen. Es entstand ein allgemeines und weit verbreitetes demokratisches Bewusstsein. Dies erklärt, weshalb die „League“ mit soviel Erfolg durch außerparlamentarische Massenmobilisierung politisch wirksam werden konnte; es erklärt aber auch, weshalb die Gegner, die noch völlig in dem aristokratischen Politikstil befangen waren, der auf den Interessen einer numerisch sehr beschränkten Klientel basierte, zunächst nicht zum Zuge kamen. Cobden war - wenngleich ihm hier nicht alle seiner Anhänger folgten - ein Anhänger der Ausweitung des Wahlrechts und wurde am Ende seines Lebens ein früher Befürworter des Frauenwahlrechts.

Aber die Gegner lernten schnell. Schon bald bildete sich ein konservativer Politikertypus heraus, der den klassischen feudalen Privilegienstaat so umformen konnte, dass er für die Massen attraktiv und demokratisch wählbar wurde. In England

sei Benjamin Disraeli genannt, der mit seiner Theorie von den „zwei Nationen“ (arm und reich), die es zu versöhnen gelte, die Tories wieder mehrheitsfähig machte, nachdem er Premierminister Peel wegen seiner Zustimmung zum Freihandel gestürzt hatte. Disraeli kam die zweifelhafte Entdeckung zu, dass man das Instrumentarium des Privilegienstaates auch zum Stimmenkauf in einem modernen und demokratischen Gemeinwesen anwenden kann. Die Konservativen konnten unter ihm sogar Wahlsiege erringen, nachdem 1867 mit der zweiten Reform Bill das Wahlrecht erstmals bis in die Arbeiterschicht ausgeweitet wurde. Zu seinen Mitteln gehörte auch ein ausbeuterischer Imperialismus, der an niederste Instinkte appellierte. Dabei spielte die Agitation gegen „Manchester“ durchaus eine wichtige Rolle. In England hat diese Strategie aber aus naheliegenden Gründen nie so funktioniert wie in Deutschland. Der idealistische Charakter der Politik Cobdens wird auch heute noch anerkannt - selbst in der heutigen Liberal-Demokratischen Partei, die sich programmatisch weit von den freihändlerischen Zielen des „Manchestertums“ entfernt hat. In England hat Cobden selbst innerhalb der Linken auch dann einen guten Namen gehabt, wenn man im einzelnen bestimmte Prämissen seiner Freihandelspolitik und ihre Aktualität in Zweifel zog. Das „Manchestertum“ eignet sich auch heute noch in England zur kritischen historischen Auseinandersetzung, nicht aber zur Rundum-Diffamierung.

„Manchestertum“ als Schmähbegriff - das ist vor allem ein deutsches Phänomen. Er ist ein Kernteil des deutschen antiliberalen Erbes und geht auf die Bismarckzeit zurück. In Deutschland war es nämlich nach seinem Bekenntnis zur Schutzzollpolitik 1878 vor allem Bismarck, der der Freihandelsbewegung endgültig die Massenunterstützung wegzunehmen verstand. Mit dem von ihm betriebenen Ausbau staatlicher sozialer Versicherungssysteme gelang es ihm nicht nur, immer größere Klientelen in Abhängigkeit gegenüber dem Staat zu bringen, sondern auch die liberalen Ansätze auf diesem Sektor ein für alle Mal aus der Agenda zu streichen. Die soziale Frage ist, wie gezeigt wurde, von Anfang an eines der Kernanliegen der „Manchesterliberalen“, die sich aber dabei um freiheitsverträgliche Mittel der Umsetzung bemühten. Die Skepsis der Arbeiterschaft gegenüber dem Staat war anfänglich so beträchtlich, dass die Ideen Cobdens von Selbstorganisation, Genossenschaften und Bildungsvereinen auf begeisterte Zustimmung stießen. Einige Arbeitervereine in England gingen sogar so weit, dass sie das Geldmonopol des Staates mit einer eigenen Notenausgabe zu untergraben versuchten.

Die vor allem von Bismarck betriebene Umwandlung des feudal-aristokratischen Privilegienstaates in einen nun demokratischen Privilegienstaat brach diesen Tendenzen die Spitze. Noch bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es vereinzelte Kämpfer für ein nicht-staatliches Sozialsystem, das auf Freiwilligkeit und nicht





auf Zwang beruhte. Sie konnten dabei auf große liberale Vorbilder zurückgreifen, etwa Hermann Schulze-Delitzsch (dem gegenüber der Sozialdemokrat Lassalle 1864 erstmals mit Erfolg die Bezeichnung „Manchester-Mann“ propagandistisch in diffamierender Weise benutzen konnte). Zu ihnen gehörten u.a. Bismarcks großer Gegenspieler im Reichstag, der Fortschrittsliberale Eugen Richter, oder Auberon Herbert in England. Aber sie kämpften mit dem Rücken an der Wand. Ist der Privilegienstaat erst einmal etabliert, so kann sich keine politische Kraft mehr vollständig dem Zwang zum Stimmenkauf und zur Bevorzugung von Klientelen entziehen. Die Arbeiterbewegung als Vertreterin eines besonders großen Bevölkerungssegmentes begriff dies schnell. Die Trennung vom „Manchesterliberalismus“, der sich aus seiner inneren Moral heraus daran nicht beteiligen konnte und wollte, erfolgte umgehend. Der Verlust jeder breiteren Milieubasis traf die Liberalen hart – und ist vielleicht bis heute nicht überwunden. Die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg wurde zu einem qualvollen Niedergang für sie, der von einer ebenso qualvollen Suche nach politischen Antworten auf diese Herausforderung gekennzeichnet war.

Obwohl es sich eigentlich gegenüber dem „Manchestertum“ um einen anachronistischen Rückfall handelte, konnte sich der Umverteilungsstaat nun auch im ‚progressiven‘ Gewande präsentieren. Die Konservativen hatten sich daher verrechnet, denn die Stimmen, die man sich ‚einzukaufen‘ erhoffte, fanden in den sozialdemokratischen oder sozialistischen Parteien bald eine glaubwürdigere Heimat. Zuletzt gab es noch eine Gruppe von „Liberalen“, die versuchte, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen. Sie opferte ihre Prinzipien der Jagd nach Wählergruppen, was ihr aber kaum je überzeugend gelang. Die Nationalliberalen, die der Bismarckschen Schutzzollpolitik zustimmten, gehörten ebenso dazu wie später Teile des Linksliberalismus (am wenigsten noch die Freisinnige Volkspartei Eugen Richters, die den „Manchester-Idealen“ treu blieb), die sich immer mehr zum Anhängsel der Sozialdemokratie entwickelten.

Schlimm ist vor allem, das der Begriff „Manchestertum“ in Deutschland deshalb so erfolgreich wurde, weil er an niedere, nationalistische Instinkte appellierte. Dies ermöglichte es, die freihändlerischen Liberalen als „undeutsche“ Interessenvertreter abzustempeln: „Die Schutzzöllner legen den deutschen Freihändlern gern diesen ausländischen Namen bei, obwohl die deutschen Freihändler nicht um englische Interessen, sondern um deutsche Interessen willen für den Freihandel eintreten“, meinte Eugen Richter 1898 etwas resigniert.

Der antibritischen Agitation gesellte sich bald nahtlos eine antisemitische hinzu. Richter – und nicht nur er! – stellte bald fest, dass man nicht nur Juden mit anti-liberalen Etiketten wie „Spekulant“ diskreditierte, sondern umgekehrt vor allem auf konservativer Seite auch den Antisemitismus dazu benutzte, um damit libera-

le Wirtschaftspolitiken zu diskreditieren. „Man verhehlt nicht, dass die bisherigen Programmpunkte der Konservativen wie die Zünflerei, der Kornzoll und dergleichen im Laufe der Zeit ihre Zugkraft eingebüßt haben. Durch die antisemitische Agitation glaubt man am bequemsten die Volksleidenschaften gegen den Liberalismus erregen und bei dem entfachten antisemitischen Feuer neue konservative Suppen kochen zu können“, schrieb Richter.

Nur in einem solchen Kontext konnte in Deutschland der Begriff des „Manchestertum“ seine bis heute anhaltende Wirkung als Schmähwort entfalten. Ob diejenigen, die heutzutage dieses Wort als „Killerphrase“ gegen jeden liberalen und marktwirtschaftlichen Reformansatz verwenden, wissen, in welche Tradition sie sich damit stellen? Nur die Verbindung zwischen vermeintlich sozialökonomischer Kritik und latent fremdenfeindlichem Habitus, konnte den Begriff so dauerhaft mit dem nötigen Ressentimentgehalt füllen. Ähnliches findet man heute wieder bei vielen deutschen Intellektuellen, wenn sie die „amerikanischen Verhältnisse“ als Argument anführen.

Was bleibt ist das grauevolle Erbe, das uns die Sieger über das „Manchestertum“ hinterlassen haben. Es ist nicht nur der totalitäre Staat des frühen 20. Jahrhunderts, der nicht zuletzt in Deutschland auch in der chauvinistischen und antisemitischen Variante der Kritik am „Manchestertum“ eine seiner Wurzeln hat. Es ist vor allem auch der Wohlfahrts- und Interessengruppenstaat, den wir heute kennen. Seine innere Dynamik ist damals wie heute nicht zu kontrollieren.

Schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde dieser Staat das, was Frédéric Bastiat schon 1850 prophezeite: „Der Staat ist die grosse Fiktion, in der jedermann auf Kosten von jedermann zu leben versucht.“ Dieser Staat versuchte zunächst, diese Praxis durch nationalistische „Interessenwahrnehmung“ durchzusetzen. Imperialismus und Schutzzollpolitik (die in Wirklichkeit – so hatten Cobden, Bright, Prince-Smith und Bastiat nachgewiesen – immer auch das eigene Land schädigen) brachten Europa auf jene abschüssige Bahn, an deren Ende der Erste Weltkrieg stand. Alles dies fand unter konservativen, sozialistischen, sozialliberalen und nationalen Intellektuellen nichtsdestoweniger so viel Anklang, dass bald der Eindruck erweckt wurde, dass es der „Manchester-Liberalismus“ gewesen sei, der für die Übel der Welt – Imperialismus, Verarmung und alles, was sonst noch so einfällt – verantwortlich sei.

Die Geschichte wird immer von den Siegern geschrieben – in diesem Fall ist dies so offenkundig wie selten. Das Geschichtsbild dieser unheiligen Koalition prägt noch heute die populären Anschauungen, die über das „Manchestertum“ bestehen. Es liegt wie eine Bürde auf dem Liberalismus. Es hat das Selbstbewusstsein fast aller





Liberalen untergraben, die sich für weniger Staat und mehr Markt einsetzen. Es hat Menschen davon überzeugen können, dass Nationalismus und Obrigkeitsstaatlichkeit menschlicher seien als Weltbürgertum und Freiheit (der Glaube der „Manchester-Liberalen“). Es unterminiert langfristig die Basis für jenen Massenwohlstand und jenen Sieg über die Not, den wir nämlich nicht der staatlichen Umverteilungsbürokratie, sondern nur der Entfesselung individueller Verantwortung und Kreativität verdanken. Es wird Zeit, dass wir die Bürde dieser erfolgreichen Geschichtslüge abwerfen und lernen stolz darauf zu sein, einer Tradition wie dem „Manchestertum“ anzugehören.

Fazit

Geschichtliche Mythen wirken oft stärker auf unsere politischen Überzeugungen ein als wir denken – stärker oft als manche gut belegte ökonomische Theorie oder Statistik. Das Bild vom „Manchestertum“, das bis heute in Deutschland populär ist, ist ein Beispiel dafür. Seine Wirkung auf die heutige Politik ist kaum zu unterschätzen. Man kann ihm wohl nur dann wirksam entgegenreten, wenn man der undifferenzierten Phrase mit sachlichem Inhalt begegnet. Die Auseinandersetzung mit dem „Manchestertum“ ist jedenfalls auch im Kontext heutiger Politik sinnvoll. Letztlich gibt es etliche wertvolle Lektionen daraus zu lernen:

Erstens: Der Mythos, dass der Fortfall von Marktschranken nur einer kleinen „bürgerlich-kapitalistischen“ Schicht zugute komme, ist durch die ökonomische Erfolgsgeschichte der englischen Wirtschaft in den zwei Jahrzehnten nach 1846 klar widerlegt. Die Anhängerschaft, die Cobden und Bright auch in der Arbeiterschaft fanden, bestätigt diese These.

Zweitens: Gerade für die aufstrebenden Entwicklungsländer sind die Lehren von ‚Manchester‘ von unschätzbarem Wert. Die von Friedrich List 1840 in seinem Buch „Das nationale System der Politischen Ökonomie“ entwickelte These, dass ärmere Länder eine Zeit lang des Protektionismus bedürften, um überhaupt wettbewerbsfähig zu werden, findet immer noch viele Anhänger in der Welt. Die katastrophalen Folgen, die daraus erwachsen, sehen wir täglich. Die Lehre, die wir hingegen vom „Manchestertum“ überliefert bekommen haben, ist eine andere. Erst die Befreiung von wirtschaftspolitischen Schranken hat den Sieg über den Hunger möglich gemacht. Dies ist um so mehr eine großartige zivilisatorische Leistung, da sie im 19. Jahrhundert inmitten der Zeit einer riesigen Bevölkerungsexplosion bisher ungekannten Ausmaßes stattfand. Die Not in der 3. Welt heute zeigt, was passiert, wenn eine Bevölkerungsexplosion ohne gleichzeitige Freisetzung von Marktkräften geschieht. Das „Manchestertum“ kann dabei auch heute noch als eine einzige große Anklage gegen den Protektionismus der 1. gegenüber der 3. Welt aufgefasst

werden. Die Erfolge von Ländern wie Chile, Estland oder Malaysia, die sich früh den Märkten öffneten, bestätigen hingegen die Lehren des „Manchestertums“ zur Gänze. Es hat sich noch kein Land wirklich entwickeln können, das nicht wenigstens zum großen Teil seine Märkte öffnete und befreite!

Drittens: Die Blütezeit des „Manchester-Liberalismus“ – die zwei Jahrzehnte nach 1846 – sahen Europa auf dem Weg zum Frieden. Die Zahl der Kriege nahm ab. Wenngleich niemand je den Freihandels als unfehlbare und allein hinreichende Garantie für den Frieden sah, so erwies er sich doch als wichtige Voraussetzung dafür. Kriege fanden in der Blütezeit des „Manchestertums“ entweder an der Peripherie statt, wie z.B. der Krimkrieg, oder blieben weitgehend begrenzt. Niedrige Zölle und der Wegfall jeglicher Devisenbewirtschaftung hatten die wesentlichen ökonomischen Ursachen für nationalistische Hegemoniepolitik beseitigt. Nicht zu vergessen ist, dass die „Manchester-Liberalen“ einen wesentlich freieren Europäischen Binnenmarkt schufen als es die Eurokraten in Brüssel heute tun. Die zeitlose Friedensbotschaft aus „Manchester“ lautet also: Freihandel sichert Frieden, und nicht die dirigistischen Weltstaatsvisionen, die auch heute noch in den Köpfen vieler UNO-Funktionäre geistern.

Viertens: Liberale Politik ist nie erfolgreich, wenn sie sich ausschließlich darauf beschränkt, das „ökonomisch Richtige“ in technokratischer Weise zu fordern. Es bedarf einer weitreichenden, glaubwürdigen und idealistischen Agenda, die die Probleme der Menschen auch wirklich adressiert. Dies darf aber keine beliebige Agenda sein, sondern eine, die wiederum zu dem „ökonomisch Richtigen“ passt. Die „Manchesterliberalen“ um Cobden haben dies praktisch vorgelebt. Sie haben gezeigt, dass nicht Kleinmut, sondern Optimismus und das Bewusstsein einer moralischen Mission bei der Durchsetzung marktwirtschaftlicher und freihändlerischer Politik durchaus gefragt sind. Wie viele Siege hat der Liberalismus (selbst in der kurzen Zeit nach dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus) bereits verspielt, weil er sich selbst unberechtigten Schuldgefühlen hingab? Die bis heute defensive Reaktion vieler Liberaler auf den Vorwurf des „Manchestertums“ selbst ist das beste Beispiel. In einer Zeit, da mit zunehmend modisch werdender „Globalisierungskritik“ der Freihandel im Speziellen und der Liberalismus im Allgemeinen wider ins Kreuzfeuer zu geraten droht, sollte man diesem Geschichtsmythos besonders entschlossen entgegenreten. Der Bewegung um Cobden ist es hingegen gelungen, die Massen durch ihren Idealismus und ihr Selbstbewusstsein mitzureißen – ein Beispiel, von dem man lernen kann!



PositionLiberal

Positionspapiere des Liberalen Instituts
der Friedrich-Naumann-Stiftung

Hubertus Müller-Groeling
THE SOCIAL DIMENSION OF LIBERAL POLICY
(Frühjahr 2003)

Otto Graf Lambsdorff
LIBERTY – THE BEST REMEDY AGAINST POVERTY
(Herbst 2003)

Detmar Doering und Sascha Tamm
ECONOMIC FREEDOM OF THE WORLD
Annual Report 2003
Kurzfassung
(Herbst 2003)

Horst Wolfgang Boger
DAS DEUTSCHE BILDUNGSSYSTEM AM ABGRUND
Daten, Analysen und Rettungsvorschläge
(Frühjahr 2004)

Sascha Tamm
DIE ZUKUNFT EUROPAS –
FREIHEIT UND WETTBEWERB
(Frühjahr 2004)

Gerhart Raichle
UMVERTEILUNG – WOZU, WIEVIEL, WIE?
(Frühjahr 2004)